



Ergebnisse einer Umfrage unter BDS-Mitgliedern zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (ehemals Antidiskriminierungsgesetz)

Die Umfrage wurde vom 02. bis 13. Juni 2006 durchgeführt. Insgesamt haben sich 409 BDS-Mitglieder an der Umfrage beteiligt.

Mitarbeiteranzahl der befragten Unternehmen

unter 5 Mitarbeiter (0-4)	44.3%	<div style="width: 44.3%; background-color: green;"></div>
5-9 Mitarbeiter	25.6%	<div style="width: 25.6%; background-color: yellow;"></div>
10-49 Mitarbeiter	20.4%	<div style="width: 20.4%; background-color: red;"></div>
50-249 Mitarbeiter	8.7%	<div style="width: 8.7%; background-color: blue;"></div>
über 250 Mitarbeiter	1.0%	<div style="width: 1.0%; background-color: brown;"></div>

Branchenverteilung

Handel	20.1%	<div style="width: 20.1%; background-color: green;"></div>
Handwerk	26.1%	<div style="width: 26.1%; background-color: yellow;"></div>
Industrie	5.2%	<div style="width: 5.2%; background-color: red;"></div>
Dienstleistung / Freie Berufe	44.2%	<div style="width: 44.2%; background-color: blue;"></div>
Sonstige	4.2%	<div style="width: 4.2%; background-color: brown;"></div>

Herausgeber:

Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V.
Taubenheimstr. 24
70372 Stuttgart

Tel: 0711 / 95 46 68 - 0
Fax: 0711 / 95 46 68 - 33
Email: presse@bds-bw.de

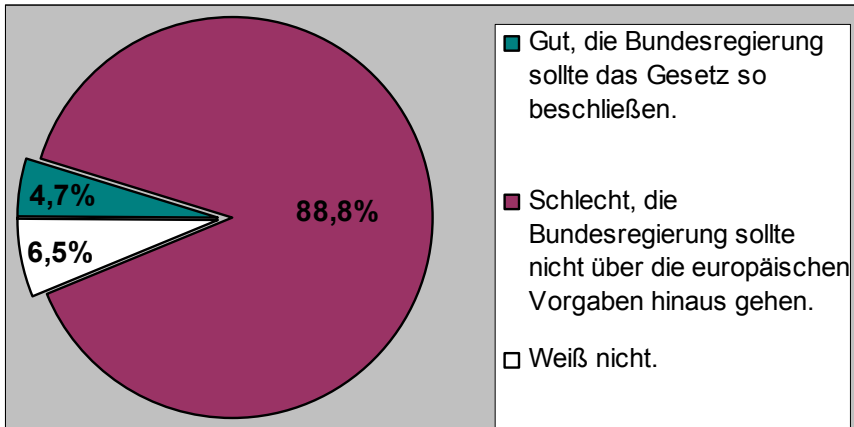
Ansprechpartner:

Wolfgang Becker
Leiter Mittelstandspolitik & Kommunikation

Internet: www.bds-bw.de

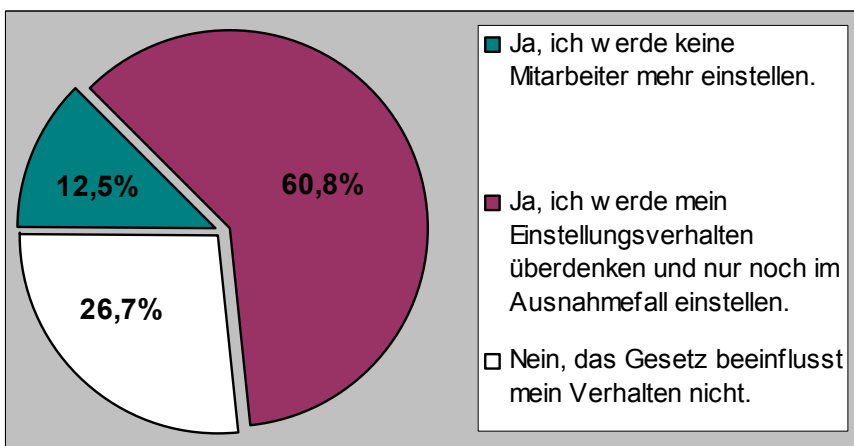
Ergebnisse einer BDS-Umfrage zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz

A. Was halten Sie vom neuen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz?



89 Prozent der Befragten finden das Gesetz schlecht und verlangt, dass es – wie von der Bundeskanzlerin Angela Merkel noch im November 2005 im Deutschen Bundestag versprochen – nicht über die europäischen Vorgaben hinaus geht. Lediglich rund fünf Prozent befürworten das Gesetz. Knapp sechs Prozent geben an, nicht zu wissen, wie sie dazu stehen.

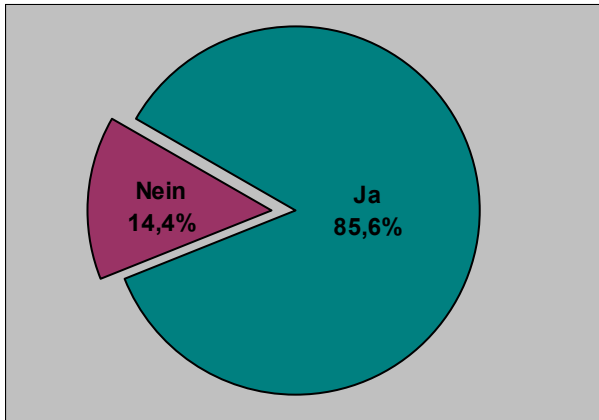
B. Hat das Gesetz Auswirkungen auf Ihr Einstellungsverhalten als Arbeitgeber?



Besonders ärgert die Unternehmer, dass ihnen bei der Einstellung neuer Mitarbeiter, aber auch bei der Beförderung de facto mehr Bürokratie zugemutet wird, um sich vor möglichen Klagen zu schützen. So kann ein abgelehnter Bewerber zukünftig bis zu drei Monate Ansprüche gegen den Arbeitgeber geltend machen, wenn er glaubhaft eine vermeintliche Diskriminierung behauptet. Arbeitgeber müssen dann wiederum nachweisen, dass sie Bewerber bei der Auswahl nicht diskriminiert haben. Sollte das Gesetz zum 1. August tatsächlich in der aktuellen Form in Kraft treten, hat das auch Auswirkungen auf das Einstellungsverhalten der Mittelständler. 61 Prozent wollen ihr Einstellungsverhalten überdenken und nur noch im Ausnahmefall einstellen. Noch härter fällt die Entscheidung von weiteren 13 Prozent aus. Sie wollen lieber gar keine Mitarbeiter mehr einstellen, als sich auf die Risiken einzulassen. Demgegenüber stehen 27 Prozent auf deren Einstellungsverhalten das Gesetz keinerlei Einfluss hat.

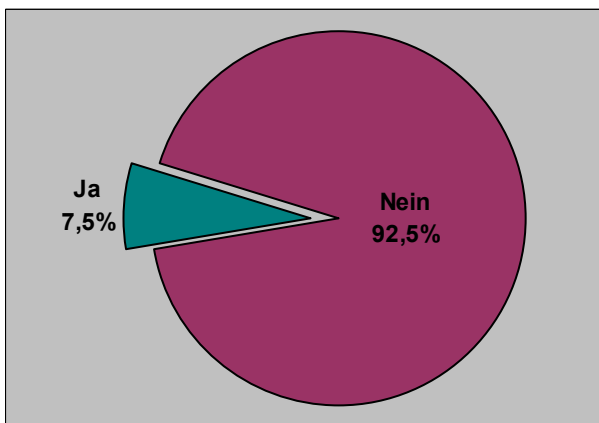
Ergebnisse einer BDS-Umfrage zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz

C. Fühlen Sie sich durch das Gesetz in Ihrer unternehmerischen Entscheidungsfreiheit eingeschränkt?



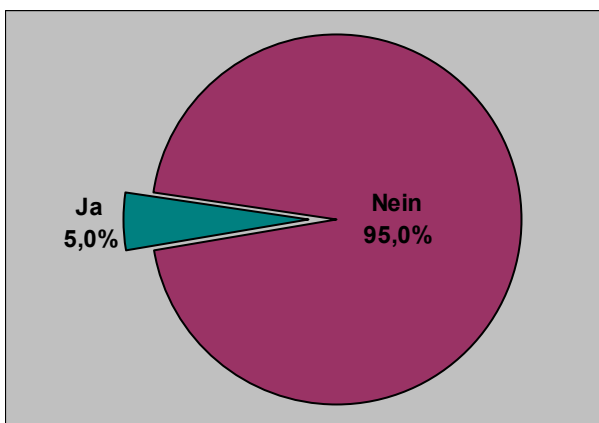
Insgesamt fühlen sich 85 Prozent der BDS-Mitglieder in ihrer unternehmerischen Freiheit eingeschränkt. Dem stehen gut 14 Prozent gegenüber, die damit kein Problem haben.

D. Sind Sie der Meinung, dass Betriebsräte und Gewerkschaften ein eigenes Klagerecht erhalten sollten, um Arbeitnehmer vor einer möglichen Diskriminierung zu schützen?



Eine klare Meinung haben die Mittelständler auch zum Verbandsklagerecht. 92 Prozent lehnen es ab, dass Gewerkschaften und Betriebsräte die Möglichkeit haben sollen, Arbeitnehmer im eigenen Namen zu vertreten. Acht Prozent sind für das Verbandsklagerecht.

E. Denken Sie, dass durch das Gesetz tatsächlich mehr Schutz vor Diskriminierung erreicht wird?



Die meisten Unternehmer halten das Gesetz überhaupt für unzweckmäßig. 95 Prozent glauben nicht, dass durch das Gesetz tatsächlich mehr Schutz vor Diskriminierung erreicht wird. Aus ihrer Sicht ist Diskriminierung in der Arbeitswelt nicht die Regel, sondern die absolute Ausnahme. „Die Offenheit gegenüber anderen Kulturen und Gästen jeder Art ist in Hotellerie und Gastronomie unser täglich Brot“, betont ein Hotelier (siehe auch Kommentare).

Ergebnisse einer BDS-Umfrage zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz

Kommentare & Bemerkungen:

Was würden Sie der Bundesregierung gerne mitteilen?



Unternehmen werden vermeiden, Arbeitsplätze zu schaffen.

Das 'Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz' wird besonders kleinen und mittleren Betrieben das Leben schwerer machen. Niemand wird ermuntert, neue Arbeitsplätze zu schaffen und einzustellen. Im Gegenteil: Das Gesetz erhöht die Bürokratie nicht nur bei Neueinstellungen und greift unnötig in die Vertragsfreiheit ein. Durch die faktische Beweislastumkehr müssen die Inhaber kleiner Betriebe, die meist keine Rechtsabteilung haben, stets befürchten, gegen das Gesetz zu verstoßen und Schadensersatz zahlen zu müssen. Diese begründete Angst wird durch das geplante Klagerecht für Gewerkschaften und Betriebsräte zusätzlich entfacht.

Dorothea Störr-Ritter, BDS-Präsidentin, Waldkirch



Gesetz ist auch eine Chance

Ich hoffe, dass das Gesetz die Eignungsbeurteilung von Bewerbern und Arbeitnehmern stärker standardisiert und objektiviert. Zum einen ist es abenteuerlich, wie Arbeitgeber allein aufgrund von Bewerbungsunterlagen und Bauchgesprächen die Persönlichkeit und Eignung von Bewerbern einschätzen. Zum anderen kann eine stärkere, an den Anforderungen orientierte Eignungsbeurteilung von Bewerbern und Mitarbeitern die Qualität von Personalentscheidungen um das Sechsfache verbessern. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) kann also auch dazu beitragen, Unternehmenserfolg zu steigern. Aus dieser wirtschaftspsychologischen Sicht ist das Gesetz eine Chance. Sie gibt sich aber nur jenen Unternehmen zu erkennen, die ihre Sichtweise ändern können.

Hans-Eckart Klose, PERKADO Personalberatung, Freiburg



Hotellerie von Haus aus kosmopolitisch

Diskriminierung ist im Hotel- und Gaststättengewerbe kein Thema. In unserem Hotelbetrieb erfahren wir jeden Tag wie unproblematisch dies alles sein kann. Unser Gewerbe ist von Haus aus kosmopolitisch, da wir Gäste aus allen Herren Ländern haben. Gäste jeglicher Couleur, Hautfarbe, Religion und Einstellung bringen unser täglich Brot. Wir beurteilen unsere Gäste nur nachdem wie sie sich uns gegenüber verhalten, ob sie freundlich sind und sich entsprechend benehmen. Genau die gleichen Ansprüche haben wir in erster Linie an unsere Mitarbeiter. Diese zu finden ist bereits jetzt nicht einfach. Dazu kommt dann der Ausbildungsstand und der Leistungswille. Andere Kriterien sind nicht für eine Einstellung Ausschlag gebend. Diejenigen, die diese Mindestanforderungen an Umgang, Ausbildung und Bereitschaft zur Leistung bisher schon mitbrachten, haben auch alle eine Arbeitsstelle. Allen anderen gibt man durch solch ein Gesetz Mittel in die Hand, den Arbeitgebern das Leben schwer zu machen. Darunter werden hauptsächlich andere Arbeitssuchende leiden müssen, die somit vielleicht erst gar keine Chance mehr auf Einstellung erhalten. Es ist immer wieder faszinierend, mit welchen Gesetzen man uns Unternehmer zu völligem Frust und Resignation treibt. Irgendwann gibt es dann keinen mehr der Arbeitsplätze schafft und einstellt. Werden wir Arbeitgeber auch vor Diskriminierung geschützt?

Ulrich Lechner, Waldhotel Grüner Baum Alm, Oberkirch



Anschlag auf die Vertragsfreiheit

Das Gesetz ist ein Anschlag auf die Vertragsfreiheit. Der scheinbare Bedarf eines solchen Gesetzes stellt uns alle pauschal unter den Generalverdacht, in Deutschland würde ständig diskriminiert. Als Bürger fühle ich mich vor allem von der CDU verhöhnt (im Wahlkampf trat sie vehement gegen dieses Gesetz ein), als FDP-Landtagskandidat schäme ich mich fast ein bisschen über solch unberechenbare Beliebigkeitspolitik und Politiker.

Christoph Rehmann, Selbstständiger Finanzkaufmann, Burgrieden-Rot

Ergebnisse einer BDS-Umfrage zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz



Weniger staatliche Reglementierung

Die Politik sollte sich aus innerbetrieblichen Angelegenheiten vollkommen heraushalten. Als Unternehmer erwarte ich vollkommene Freiheit bei meinen Entscheidungen, ob oder wen ich aus welchem Grund einstelle oder nicht einstelle. Eine Regelung wie das Gleichbehandlungsgesetz verletzt unser Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Alle staatlichen Reglementierungen des freien Unternehmertums müssen dringendst ersatzlos abgeschafft werden.

Albert Kahle jun., Kirchheim unter Teck



EU-Vorgaben 1:1 umsetzen

Die Bundeskanzlerin sollte zu dem stehen, was sie vor der Wahl versprochen hat: nämlich die EU-Vorgaben 1:1 umsetzen und nicht - wie jetzt wieder - noch etwas draufsatteln. Ich kann sehr wenig von dem erkennen, was vor der Wahl insbesondere die CDU als Richtschnur für ihr Handeln vorgegeben hat.

Sie sollen jetzt endlich die Aufgaben erfüllen, nämlich vernünftige Rahmenbedingungen schaffen mit weit weniger Staat, damit unsere Unternehmen endlich das tun können, wozu sie da sind: zu produzieren und letztendlich das Geld zu verdienen, das sie dann zum Großteil wieder dem Staat und der Solidarität abliefern können. In diesem Stil geht in unseren Betrieben bald gar nichts mehr! **Brigitte Kreisinger, Kreisinger GmbH, Unternehmerfrauen im Handwerk BW, Ebersbach-Rosswälden**



Gesetz hilft nur arbeitslosen Richtern

Dieses Thema wird viel diskutiert und wenn man keine normale Lösung findet wird in Deutschland halt ein Gesetz erlassen. Gesetz heißt, dass man Klagen kann. Dies werden viele Menschen nutzen, aber somit brauchen wir uns keine Gedanken um arbeitslose Richter zu machen. Mit diesem Gesetz wird uns suggeriert diskriminierend zu sein und man will per Gesetz einen Riegel verschieben. Ich bin der Ansicht, dass dieses Gesetz genau so wenig bringen wird, wie der Ausbildungspakt.

Sabine Rompf, Optiker Rompf, Herbrechtingen



Mit Bürokratieabbau beginnen

Die Bundesregierung soll endlich mit dem versprochenen Bürokratieabbau beginnen, Vorschriften auf ein Minimum zu begrenzen, auf Verständlichkeit auch für den Bürger achten und unternehmerisches Handeln den Unternehmern überlassen. Unsere Bundesregierung "redet" sehr viel und "sagt" (handelt) doch sehr wenig!

Ernst Bernecker, Betec GmbH, Adelmansfelden



Ergebnisse einer BDS-Umfrage zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz

Weitere Kommentare (Namen der Redaktion bekannt):

- Das Gesetz führt zu unnötigen Prozessen und sinnloser Arbeitsbelastung bei Arbeitgebern. Das Ziel des Gesetzes geht über die europäischen Vorgaben weit hinaus. Leider kein Einzelfall, denn die deutsche Gesetzgebung wirkt meist "gründlicher" und verfehlt somit ihr Ziel, wie der Europäische Gerichtshof oftmals erkennen muss. Es fehlt mal wieder am Augenmaß. **J.U., Kehl**
- Die meisten deutschen Beamten haben Angst vor öffentlichen Angriffen (z.B. Leserbriefen) und keinerlei Zivilcourage mehr. (...) Hier noch etwas ganz aktuelles: "Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert, die Arroganz der Behörden muss gemäßigt und kontrolliert werden. Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen reduziert werden, wenn der Staat nicht bankrott gehen soll. Die Leute müssen wieder lernen zu arbeiten, statt auf öffentliche Rechnung zu leben. Marcus Tullius Cicero, 106- 43 v. Chr." **R.S., Schlierbach**
- Hallo Politiker! Erst wenn der letzte Arbeitsplatz im Ausland ist - werdet Ihr merken, dass man Gesetze nicht essen kann! **R.B., Schwandorf**
- Dieses Gesetz zeigt, wie Politik nicht funktioniert. Die Politik untergräbt das in sie gesetzte Vertrauen. Die Bundeskanzlerin sagt: „Wir werden nicht über EU-Norm gehen“. Und das Gegenteil geschieht, ohne Zwang nur, um der politischen Pfründe willen zu Lasten derer, die Arbeit suchen und zu Lasten derer, die Arbeitsplätze nicht mehr besetzen können. Dieses Gesetz zeigt exemplarisch, dass unsere Politiker - egal welcher Partei - keinen Bezug mehr haben zur Realität der Menschen, egal ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer - beide sind Opfer. **B.K., Oberstenfeld**
- Mitmenschen nicht auszuschließen, schlechter zu behandeln, weshalb auch immer, sie also nicht zu diskriminieren, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Allerdings werden in unserer Gesellschaft immer wieder die Verantwortungen und Verpflichtungen nicht genügend beachtet. Das Aushandeln von Verträgen oder gemeinsamer Lebens- oder Arbeitsvereinbarungen wird nicht genügend geschult. Dies gilt für alle Bereiche des täglichen Lebens. Kooperationen scheitern, Betriebsübergaben werden verschleppt. - Diskriminierung? Aus meiner Sicht werden hier die Grundlagen für ein gemeinsames Leben nicht erarbeitet. Dies gilt für das Zusammenspiel anders Denkender, anders "Aussehender" und auch anders "Glaubender" genauso. Wir haben nur eine Zukunft, wenn wir hier Zeichen setzen und diese mit Leben füllen. Eine grundsätzliche Lebenshaltung für unsere Zukunft. **B.H., Bruchsal**
- Kein Verbraucher muss sich in einem Geschäft darüber rechtfertigen, welches Produkt er erwirbt. In gewisser Weise lässt sich eine Einstellung mit einem Einkauf einer Ware schon vergleichen. Viel wichtiger jedoch und hier greift das Gesetz nicht, geht es wo Menschen miteinander zusammen sind um die Sympathiewerte. Man muss miteinander können, man muss sich riechen und leiden können und nicht jeder passt in jedes Team. Außerdem soll sich der Mitarbeiter ja auch wohl fühlen. Freunde und den Ehepartner suchen wir uns ja auch selber aus. Würde dieses Gesetz auf die Ehe angewendet, so könnte sich der Staat viele Sozialfälle sparen, denn eine Scheidung wäre nicht mehr möglich. Und die Zwangsvermählung wäre per Gesetz verordnet. **L.B., Backnang**
- Sie soll bitte endlich mit der Überbürokratisierung aufhören: dieser ständig steigende Verwaltungsapparat ist doch von den (immer weniger) werdenden Steuerzahlern nicht mehr zu finanzieren. Der Frust unter den Bürgern steigt täglich. **E.P., Kirchheim**
- Für mich ist es einfach unbegreiflich, dass die Bundesregierung über die europäischen Vorgaben hinaus schießen muss. Auf der einen Seite werden wir Unternehmer aufgefordert Arbeitsplätze zu schaffen und auf der anderen Seite werden uns für diesen Weg die allergrößten Steine in den Weg gelegt. Unser Einstellungsverhalten wird sich mit diesem Gesetz auf jeden Fall ändern. Damit die Bundesregierung endlich aufwacht, sollten alle Handwerksbetriebe eine Woche streiken und ihre Arbeit niederlegen. **S.S., Ettlingen**
- Hier werden Unternehmer diskriminiert, weil sie nicht mehr die Mitarbeiter einstellen können, die sie aufgrund ihrer Qualifikation benötigen, sondern irgendwelches Personal einstellen müssen, um solchen hirnrisigen Gesetzesmonstern zu genügen. Sieht so der Bürokratieabbau unserer Regierung aus? Da sage ich nur: Deutschland? Nein Danke! **M.S., Filderstadt**



Ergebnisse einer BDS-Umfrage zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz

- Ist nicht schon genug Bürokratie vorhanden, mit der man mittlere und kleine Unternehmer sowie Vermieter drangsaliert. Jetzt noch dieser Wahnsinn mit dem unsere Politiker sich überall und vor allem im Ausland lächerlich machen. Hallo aufgewacht! Pleite sind wir schon. Aber sollen jetzt alle, die ein wenig mehr haben als andere aber viel mehr dafür arbeiten müssen auch noch bestraft werden. Am besten man hat nichts, stellt viele Ansprüche. Arbeiten tut man sowieso nichts, aber man ist besser gestellt als die blöden Selbstständigen die ja nicht genug von der Arbeit kriegen und 80 und mehr Stunden in der Woche arbeiten. In meinem Eigentum vermiete ich an wen ich will und in meiner Firma stelle ich ein wen ich will. Deshalb gibt es meine Firma immer noch und ist nicht Konkurs wie unser Staat. Die sollen sich doch um ihren eigenen Saustall kümmern und die Leute, die erfolgreich arbeiten in Ruhe lassen. Oder haben wir Deutsche mittlerweile weniger Recht in unserem eigenem Land? **A.G., Stuttgart**
- Mit diesem Gesetz wird keine Gleichstellung der in Deutschland lebenden Menschen erreicht. Dieses Gesetz verschärft die Situation zwischen Deutschen und "Nicht-Deutschen" erheblich, da viele der "Nicht-Deutschen" Bürger zwar alle Annehmlichkeiten, die für sie möglich sind, in Anspruch nehmen, auf der anderen Seite aber keine Bereitschaft für eine Integration erkennen lassen. Ich frage mich sowieso, warum will die heutige Bundesregierung Gesetze durchdrücken, die durch "Rot-Grün" auf den Weg gebracht wurden. Warum entfernt sich die Regierung (insbesondere die CDU) von ihren Leitlinien, die sie einmal ursprünglich vertrat, dass alle Menschen, die zu uns nach Deutschland kamen, hier leben können, wenn sie sich unter die Gesetze unseres Staates stellen und sich integrieren lassen. Schon in der Bibel gilt dieser Maßstab im Zusammenleben der unterschiedlichen Nationen. Hier heißt es eindeutig dass wir dem "Fremdling" wohl gesonnen sein sollen, ihn unterstützen, aber er soll sich unter die Gesetze des Landes stellen in welchem er als Gast lebt. Nur so kann es ein gutes miteinander geben. Alle anderen Bestrebungen wie dieses neue Gesetz vergiften die Atmosphäre in allen Bereichen - angefangen beim Kindergarten, Schule, Arbeitsstelle (und hier ganz besonders) bis zum allgemeinen täglichen Leben. Ich frage mich auch, haben wir durch unsere leidige Vergangenheit nichts gelernt, öffnen wir durch solche Gesetze allen möglichen Strömungen in unserem Volk wieder Tür und Tor? Unsere Regierung muss mehr für die Integration unserer ausländischen Mitbürger tun, nicht finanziell, sondern durch eine klare Politik der Aufklärung, mit dem Hinweis auf eine gesicherte Zukunft auch für sie. So lösen sich große Teile dieser Probleme von selbst und es muss kein Gesetz verabschiedet werden, welches meiner Meinung nach die ganze Situation verschärft.
A.B., Ostfildern
- Das Grundgesetz ist eine seit mehr als 50 Jahren bewährte und wirksame Schranke gegen Diskriminierung aufgrund von Rasse, Geschlecht, Religion, politischer Meinung etc. Dieses Diskriminierungsverbot findet aber seine Schranke z.B. bei der Vertragsfreiheit: Ich bin nicht verpflichtet, beispielsweise mit einem offensichtlichen Nazi Verträge abzuschließen, seien es Mietvertrag, Kaufvertrag oder auch Dienstvertrag. Dies sollte auch so bleiben! Ich bin mir sicher, dass die Kreide fressenden Neonazis in den Ostländern nur auf eine Gelegenheit warten, sich als verfolgte Minderheit zu präsentieren. Das darf doch nicht wahr sein... Die Regierung (und Europa) sollte sich um die wirklichen Probleme der KMU kümmern und uns nicht lauter bürokratische Monster aufbürden (50%-Regel beim Firmenfahrzeug, Lohnnebenkosten, etc. pp.).
G.N., Schorndorf
- Gut gemeint ist nicht gut gemacht. Egal wie dieses Gesetz genannt wird, es ist das Mehrheiten-Unterdrückungs-Gesetz. Warum? Es setzt die demokratischen Regeln außer Kraft. Die Oligarchie siegt. Jene Person oder Gruppe, die bei einer Entscheidung unterliegt, wird diskriminiert. Nun kann die Mehrheit postwendend verklagt werden. Die Dokumentation, also der Nachweis der Diskriminierung ist amtlich festgehalten. Die Minderheit wird die Mehrheit durch eine bisher nicht gekannte Prozess-Lawine erfolgreich unterdrücken. Müssen die amerikanischen Verhältnisse von uns zwingend übernommen werden? Müssen wir jeden Unsinn der EU-Bürokraten übernehmen und zwischendurch perfide steigern? Gekrönt durch die juristische Unmöglichkeit; die Umkehr der Beweislast. Handelt es sich um eine Arbeits-Beschaffungs-Maßnahme für Rechtsanwälte, Richter und Funktionäre? Sind dies die treibenden Kräfte im Hintergrund? Unsere diversen Regierungen versprechen seit Jahrzehnten den Abbau der Bürokratie. **J.S., Backnang**
- Dieses Gesetz führt, wie so vieles, was diese "Große Koalition" bis jetzt vollbracht hat, zu immer mehr Bürokratismus. Diesen wollte man doch abbauen, man baut dadurch aber immer mehr das Vertrauen in diesen Staat und Standort ab. Als Mittelständler verliert man die Lust sich weiter zu engagieren. Die Damen und Herren Politiker sollten sich mal an der Basis erkundigen wie viel Frust im Mittelstand inzwischen angewachsen ist, vielleicht wird ihnen dann klar, wo die Probleme in diesem Lande liegen.
R.S., Auenwald



Ergebnisse einer BDS-Umfrage zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz

- Sie sollten mit solchen Gesetzen nicht noch mehr den Selbständigen knechten. Wenn er bereit ist, das Risiko mit Mitarbeitern seinen Betrieb vorwärts zu bringen, muss er unterstützt werden. Sonst wird die Zeit kommen, wo wir nur noch verwaltet werden, von denen die noch nie selbständig waren.
K.M., Schorndorf
- Ich kann nur immer wiederholen: Diese Regierung hat sich Bürokratieabbau auf die Fahnen geschrieben, aber alles was verabschiedet wird, bringt noch mehr Bürokratie und Aufwand und dient nicht der Erleichterung. Man fragt sich mehr und mehr, wie man als Unternehmer eigentlich noch was "unternehmen" soll.
Stephan R. Wolf, Ludwigsburg, BDS-Vorsitzender
- Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland enthält in Artikel 3 (3) bereits ein Diskriminierungsverbot, allerdings mit Worten der deutschen Sprache ausgedrückt. Vielleicht wird es deshalb von manchen Zeitgenossen nicht wahrgenommen. Es fehlen allerdings Vorschriften über die Folgen einer Benachteiligung.
R.W., Ostfildern
- Das Gesetz wird nicht mehr Schutz vor Diskriminierung bieten, sondern es wird einzig und allein darum gehen, wie man es verhindern kann, dass man nicht verklagt wird. Wenn man sicher gehen will, benötigt man also für ein Einstellungsgespräch einen Rechtsbeistand und Zeugen, die das Gesagte und Getane bezeugen können. Diskriminierung findet im Kopf statt und die Menschen so zu erziehen, dass niemand mehr diskriminiert wird, wurde wohl in den letzten Jahren (vor allem zu Zeiten der geistig moralischen (Kohl-) Wende, bei der so viele Korruptionsskandale waren wie nie zuvor) versäumt. Ein Gesetz wird diese Denkweise nur unterdrücken aber nicht abschalten !! Die Folge: Viel Arbeit für Rechtsanwälte, wieder mal jede Menge Bürokratie und oft dann auch ungerechtfertigte Klagen - UND : EIN WEITERER JOBKILLER !! Wir sollten einfach mit der Amerikanisierung unserer Gesetze aufhören. **E.S., Illingen**
- Statt Abbau der Bürokratie widerfährt uns Aufbau der Bürokratie. Wäre ein praktisches Denken nicht sinnvoller, als nur theoretische Praktiken? Gerne biete ich es an, denjenigen ein Praktikum zu bieten, um den wahren Alltag zu erleben. **C.N., Owen-Teck**
- Anstatt wieder ein nicht in die Zeit passendes, unnötiges Gesetz auf den Weg zu bringen, sollten sich die Damen und Herren Stimmenvertreter (schon lange nicht mehr Volksvertreter) das Grundgesetz durchlesen. Sie würden dann erkennen, dass alles schon ausreichend geregelt ist. Im übrigen könnte diese Zeit zur Erarbeitung eines solchen Gesetzes, sinnvoll in dem Ausschuss eingebracht werden, der es sich zur Aufgabe gemacht hat ähnliche unnötig und unsinnige Gesetze wieder zu streichen. **T.S., Oberstenfeld**
- Die Bundesregierung schießt hier wieder mal über das Ziel hinaus. In ihrem Bestreben immer alles noch "besser" machen zu wollen, behindert sie uns kleine Arbeitgeber ganz entschieden und das heißt, es wird nicht besser, nein es wird immer alles schlechter, schwieriger und die Voraussetzungen in unserem Land eine halbwegs ordentliche Arbeit leisten zu können macht die Regierung fast unmöglich mit ihrer ständigen Bevormundung. Dies ist wieder mal ein Beispiel, warum viele Unternehmer keine Lust mehr haben in unserem Land Verantwortung zu übernehmen. Die Regierenden müssen endlich kapieren, dass eine ständige Gängelung nicht dazu beiträgt, ein vernünftiges Miteinander zwischen Regierung, Arbeitgebern und Arbeitnehmern stattfinden zu lassen. Wen ein Betrieb einstellen wird, muss Sache der Firma sein und bleiben, denn die Arbeitnehmer haben in einem solchen Fall viele Faktoren zu berücksichtigen. Ist die benötigte Qualität vorhanden, passt er oder sie in das Team, ist er oder sie so flexibel, wie benötigt, kann er oder sie sich gut anpassen, kann er oder sie die Firma dem Kunden gegenüber gut vertreten. Dann kommt hinzu: ist er oder sie der deutschen Sprache mächtig, und wie steht es mit Umgangsformen. Ich bin nach wie vor der Ansicht, dass Personaleinstellung einzig und allein Sache eines Betriebes ist. **C.Z., Stuttgart**
- Mit dem Gleichstellungsgesetz wird wieder einmal mehr Bürokratie aufgebaut. Der Arbeitnehmerseite wird dadurch nicht geholfen. Es zeigt sich, dass diese Regierung nicht in der Lage ist, notwendige und versprochene Reformen durchzusetzen. **G.K., Calw**
- Wer schützt eigentlich die Menschen (!!!!!) die ein Geschäft betreiben??? Wo bleibt unsere Gleichberechtigung? Wir nehmen unsere Existenz, die Altersvorsorge, Kranken- und Arbeitslosenversorgung usw. alles selbst in die Hand und entlasten so die Allgemeinheit doch schon ungemein!!! Außerdem gäbe es ohne uns Arbeitgeber-Menschen (!!!) doch gar keine Arbeitsplätze geschweige denn irgend eine wirtschaftliche Funktionalität in Deutschland. Wer unterstützt die Kleinen, die nicht einfach im Ausland produzieren können und so das Problem lösen, in dem sie in Deutschland einfach nicht mehr einstellen? **T.K., Reilingen**



Ergebnisse einer BDS-Umfrage zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz

Weitere Kommentare ohne Namensnennung:

- Endlich wichtige Reformen anzupacken!!!
- Jobvernichter Bürokratismus hoch 3.
- Geballter Schwachsinn. Die Damen und Herren in Berlin haben langsam jeden Bezug zur Realität verloren. Einige sollten einfach wieder einmal etwas richtiges arbeiten, damit sie wissen, was an der Basis überhaupt passiert.
- Unsinniger Aktivismus auf einem absoluten "Nebenkriegsschauplatz"
- Gleichbehandlung sollte eine Selbstverständlichkeit sein ... allerdings benötigt es keine gesetzliche Regelung, denn die Gesetzesflut ist jetzt schon für einen Unternehmer nicht mehr durchschaubar. Über 80.000 Gesetze regeln unser Zusammenleben in Deutschland, ich laufe also ständig Gefahr, gegen irgend eines zu verstoßen und damit vor dem Kadi zu landen.
- Das Gesetz läuft dem angestrebten Bürokratieabbau diametral entgegen.
- Rotgrüne Sozialromantik zu Schwarz-Rot übergerettet.
- Über das Verhalten der CDU bin ich furchtbar enttäuscht. Zuerst bekämpft sie die Gesetzesvorlage und nun lässt sie sich auf die rot-grüne Vorlage ein. Die Veränderungen sind unerheblich. Dies ist Wortbruch. Ich will keine ideologische Behandlung dieses Themas. Auch im privaten Bereich, z.B. bei Vermietungen, wird dies erhebliche Einschränkungen der persönlichen Freiheit bedeuten. Die Regelung für die Kirchen ist nicht klar genug. Gilt die Konfessionsregelung auch für Mitarbeiterinnen in Kindergärten, Hausmeistern u.a.? Die Meinungsfreiheit für Privatpersonen wird eingeschränkt! Wer als Christ Stellung nimmt, z.B. gegen die Eheschließung Homosexueller u.a., kann damit rechnen, dass er wegen Diskriminierung angeklagt wird. Dieses Gesetz an sich ist schon Diskriminierung der persönlichen Freiheit. Die Umkehrung der Beweislast ist eine Diskriminierung der Arbeitgeber. Welche Minderheiten sind eigentlich schützenswert, welche nicht? Vorurteile können nicht mit Gesetzen bekämpft werden. Der Bürokratismus wird wesentlich verstärkt, denn der AG muss eine Bewerbungsablehnung sorgfältig dokumentieren. Warum lässt die CDU zu, dass die von den Grünen angestrebte, gesellschaftliche Veränderung, mit ihr vollzogen wird? Ist es Blindheit oder einfach "nicht ernst nehmen" der Argumente, die gegen dieses Gesetz sprechen? Von den CDU-Abgeordneten erwarte ich, dass sie die Regierungsvorlage ablehnen und keine, über die EU-Richtlinien hinausgehende Gesetzgebung zulassen. Freiheit der Meinung - das erwarte ich von einer christlichen Partei und Bekämpfung der Diskriminierung auf andere Weise.
- Da kann ja dann jeder sagen, er wäre bei der Auswahl der Bewerber diskriminiert worden. Bsp.: es bewerben sich ein Farbiger und ein Weißer. Sie nehmen den Farbigen, um nicht in den Verdacht der Diskriminierung zu kommen. Der Weiße wird dann wegen seiner Hautfarbe diskriminiert. Das Gesetz ist doch totaler Blödsinn.
- Unser Unternehmen schafft sehr viele Arbeitsplätze. Wir sehen im neuen Gesetz eine weitere Belastung für Mittelständler und den Arbeitsmarkt bzw. Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die neue Regierung hat Unternehmen bereits jetzt schon mehr belastet: 1. Vorziehen der Sozialversicherungsabgabe 2. Erhöhen der Pauschalabgabe für 400 €-Jobs 3. Einführen der Elternzeit für Väter Wir haben uns eine Erleichterung - insbesondere Senkung der Lohnnebenkosten, Kündigungsschutz, Entbürokratisierung ... erhofft! Schade!
- Die erreichen das genaue Gegenteil - arbeitsplatzhemmend in jeder Beziehung.
- Ich bin gespannt, was der Bundesregierung noch einfällt um immer mehr Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern. Kein einziger Ansatz der Regierung wird es uns Unternehmern leichter machen, ein erfolgreiches Unternehmen in Deutschland zu führen. Auch ich werde mich nun verstärkt für eine Kooperation/Verlagerung in "einfachere" Länder erkundigen. Armes Deutschland.



Ergebnisse einer BDS-Umfrage zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz

- Das Gesetz wird dazu führen, dass nur noch Bewerbungsunterlagen, die per Einschreiben oder gegen Quittung in das Unternehmen hinein kamen im Falle der Nichteinstellung wieder zurückgeschickt werden. Ich halte dies für sehr unhöflich, aber eine adäquate Möglichkeit, das Prozessrisiko zu minimieren.
- Dieses Gesetz wird zur Folge haben, dass man noch verhaltener einstellt, als bisher schon.
- Das europäische Recht ist vollkommen ausreichend und sollte so wie es ist übernommen werden.
- Die Bundesregierung sollte sich besser um die wirklich wichtigen Dinge kümmern.
- Ich vermute, dass nach Inkrafttreten dieses Gesetzes gerade in kleineren Firmen mehr über Netzwerke eingestellt wird. Ein neuer Mitarbeiter sollte zusätzlich zur fachlichen Qualifikation außerdem menschlich in bestehende Teams passen, um interne Reibereien zu vermeiden um ein insgesamt zufrieden stellendes Arbeitsergebnis zu erreichen. Als Inhaber eines kleinen Betriebes möchte ich auch sehr gerne selbst entscheiden können, mit welchen Personen ich mich den Arbeitstag über umgebe, ohne mich der Gefahr auszusetzen, verklagt zu werden.
- Hoffentlich zählt es nicht als "Diskriminierung", wenn ein Bewerber im Bewerbungsgespräch erwähnt, dass er in der Politik tätig war. Das wäre für mich der einzige Grund jemanden vorab abzulehnen. Die haben keine Ahnung von der Realität, wie dieses Gesetz wieder einmal deutlich beweist!
- Wer mit mir arbeitet muss ich frei entscheiden können. Da muss ich nun jeden nehmen aus Angst er verklagt mich? Wo führt das noch hin. Da ist man als Selbstständiger nicht mehr der Herr im eigenen Haus!
- Was ist eigentlich Diskriminierung? So lange es sich nur um eine Person handelt, kann es keine Diskriminierung geben. Aber wenn 2 oder mehr Personen zur Verfügung stehen, egal ob bei Einstellung, Beförderung usw. kommt Diskriminierung ins Spiel. Alle die sich benachteiligt fühlen, könnten dies als Diskriminierung auslegen. Selbst wenn man nach jahrelangem Rechtsstreit, Recht bekäme. Übrigens, selbst die Parteien wird es betreffen, denn jeder, der nicht auf eine Wahlliste kommt oder nur einen nachfolgenden Platz erreicht kann sich als diskriminiert ansehen und auf sein Recht pochen. Es könnte dann passieren, dass alle zukünftigen Parlamente (Gemeinderat bis Europarat) jahrelang auf ihre Einsetzung warten müssten, weil sich diskriminierte Personen durch alle Instanzen prozessieren und deshalb nicht beschlussfähig sind.
- Wir stellen Mitarbeiter ein, die qualifiziert sind, ungeachtet der Angehörigkeit von Religion oder Hautfarbe. Ist der Mitarbeiter gut, passt er zu unseren Mitarbeitern, werden wir den Teufel tun ihn nicht zu nehmen. Wir arbeiten tag täglich mit unseren Leuten und wissen, was wir an ihnen haben egal woher sie kommen.
- Wie die meisten derartigen "Schutzgesetze" ist auch dieses kontraproduktiv, d.h. es schadet den Betroffenen letztendlich mehr als dass es nützt.
- So ein Mist kann nur in den Köpfen von Leuten, welche von der Praxis keine Ahnung haben, produziert werden (Politiker).
- Das Problem der Diskriminierung lässt sich nicht mit Gesetzen lösen, sondern nur in den Köpfen der Menschen. Der sinkende Wertewandel und der zunehmende Egoismus sind ein gesellschaftliches Problem welches meines Erachtens in letzter Zeit zunimmt. Wenn man hier Veränderungen herbeiführen möchte, sollte man in der Politik, bei den Gewerkschaften und als Unternehmer mit gutem Beispiel vorangehen. Mit Gesetzen kann man nur oberflächlich etwas verändern.
- Die Erfahrung mit anderen Gesetzen hat gezeigt, dass übermäßiger Schutz für bestimmte Gruppen genau das Gegenteil bewirkt: die entsprechenden Personen werden nicht mehr eingestellt oder kommen schon gar nicht in die engere Auswahl
- Immer noch mehr Gesetze, statt weniger - wie versprochen und dann durch die Bundesregierung möglichst noch verschärfter. Warum müssen die, die Verantwortung, Risiko und Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, immer noch mehr bestraft werden???



Ergebnisse einer BDS-Umfrage zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz

- Die Bundesregierung sollte mal überlegen, wen Sie hier vor Diskriminierung schützen muss/ will. Es gibt viele Bereiche in denen unsere eigene deutschsprachige Bevölkerung mittlerweile nachteilig behandelt wird gegenüber anderen- siehe z.B. gerade in größeren Städten das Thema Sprachförderung und Kindergärten und wer vorrangig einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz hat.
- Man sollte als Bundesregierung unseres Landes nicht über die unumgänglichen "notwendigen" Fremdbestimmungen hinausgehen. Schließlich sind diese Bundesregierung und ihre Politiker vereidigt, zum Wohle des (eigenen) Volkes zu agieren und reagieren. Das sollten diese auch nicht vergessen !
- Ich glaube, dass solche Gesetze im Endeffekt eher das Gegenteil bewirken, als sie vorab zu bringen scheinen. Im Falle dieses neuen Gesetzes nehme ich an, dass die Einstellungsmodalitäten einstellender Betriebe sich zu Ungunsten von arbeitswilligen Arbeitnehmern auswirken. Das bedeutet, dass ein Betrieb eher nicht mehr einstellt, als sich einen solchen Klotz ans Bein zu hängen. Oder es kommt zur Veränderung von Arbeitsverträgen, die mit einer Ausschlussklausel versehen werden, um sich vor einer eventuellen Klageflut zu schützen. Meiner Meinung nach unausgegoren, nicht komplett durchdacht und überzogen.
- Völlig andere Position in der Opposition als in der Regierung
- Da der Selbständige selbst und ständig gegen Bürokratismus und für den Fortbestand seines Unternehmens kämpfen muss, wäre es vielleicht von großem Nutzen, wenn er noch etwas Zeit finden würde Geld zu verdienen. Diejenigen, die sich diskriminiert fühlen, könnten sich doch auch Selbständig machen, oder!
- Das Ganze ist vorseilender post Rot-Grüner Unsinn, schadet der Wirtschaft und sollte unterbleiben. Das Grundgesetz bietet ausreichend Schutz. Merkel sollte ihren "Kuschelkurs" überdenken !
- Da ich selber ein betroffener bin (war) durch meine Homosexualität, habe ich sehr oft Benachteiligungen in Betrieben erlebt, massiv durch Mobbing! Durch meine Selbständigkeit bin ich nahezu FREI davon und das ist gut so, jedoch denke ich sollte das Gesetz umgehend umgesetzt werden.
- Wir können darauf warten, wie auftragslose Winkeladvokaten dieses Gesetz für ganz üble Machenschaften missbrauchen werden (siehe in den USA! Hier ziehen sich bereits bedeutende Unternehmen zurück, weil sie diese schamlose Abzocke, welche aufgrund solcher Gesetze inszeniert wird, nicht mehr mitmachen wollen und können!!!!) Ich hatte einmal gehört - die CDU sei eine mittelstandsfreundliche Partei - wie bitte ??????
- Hallo BDS, folgendes Szenario: bei einem Bewerbungsgespräch stellt sich heraus, dass der Bewerber in seiner Freizeit aktiv für die REP oder die NPD tätig ist. Am Wochenende ist er mit Springerstiefeln und Bomberjacke unterwegs. Wenn ich ihn deshalb ablehne, zählt dies dann ebenfalls als Diskriminierung? Wenn ja, bin ich gerne ein Gesetzesbrecher!
- Die Bundesregierung sollte endlich mal ihr Ziel in die Tat umsetzen und endlich Bürokratie abbauen. Ständig neue Gesetze engen jeden Unternehmer in seiner Tätigkeit ein. Warum nicht mal mutig sein und in Deutschland Politik á la Maggi Thatcher durchsetzen?? Mut haben ist die Devise und nicht immer Rücksichtnahme auf irgendwelche Gewerkschaftslobbyisten oder sonstige Schwarzseher.
- Das geplante, bzw. schon installierte Europa ist der Untergang aller Kleinbetriebe. Der Verordnungswahn der kenntnislosen Bürokraten dient nur zu deren eigenen Joberhaltung. Die Bundesregierung muss sich nicht noch mehr überschlagen, indem sie so sinnlose und arbeitsplatzvernichtende Gesetze installiert. Es gäbe für die Damen und Herren in Berlin genug zu tun. Vor allem sollen sie ihr Versprechen einlösen, Bürokratie abzubauen und nicht noch mehr zu erzeugen. Leider ist der Fachverstand unserer Abgeordneten nicht im Stande dies zu erkennen und der Wirtschaft, bzw. uns Kleinbetrieben Rahmenbedingungen zu geben, die eine Zukunftsperspektive erlauben. Ich werde nicht mehr einstellen, wahrscheinlich werde ich noch weiter abbauen. Zum Ausbaden von so viel Dummheit bin ich mir zu schade
- Das Gleichstellungsgesetz muss auf EU Ebene aufgehoben werden, unsere Abgeordneten sollten den Antrag dort stellen ! Vorschlag: Prof.Dr. Kurt Lauk ,MdEP, Präsident des Wirtschaftsrates damit beauftragen!
- Ich verweise auf die schlechte / negative Gesamtwirkung im Ausland (bekannt ist mir England). Leider lernt man nichts daraus oder nimmt es nicht zur Kenntnis. Letzteres ist meine Einstellung bei der späteren Umsetzung bei Annahme. Verarschen kann ich mich selber !!



Ergebnisse einer BDS-Umfrage zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz

- Ich werde im August eine Dame für den Empfang einstellen. Ich habe die Ausschreibung und Vorauswahl an eine Personalagentur vergeben. Diese Kosten hätte ich mir sparen können. Nachdem die öffentlichen Arbeitgeber immer öfter 70% und 80% Stellen vergeben, jedoch mehr als 100% Leistung fordern, finde ich dieses Gesetz bodenlos!
- Der Bürokratismus in Europa nimmt durch das europäische Parlament immer mehr zu statt ab. Meine Firma wird auf keinen Fall einen Mitarbeiter einstellen, der nicht perfekt ins Team passt.
- Grundsätzlich wäre es mir lieber, die Kommission und die Regierungen würde über die Vielfalt wachen und die Konzentration in der Wirtschaft schwer machen. Mit der Globalisierung als Begründung entstehen so Machtgebilde, die nicht zu rechtfertigen sind, mit Shareholder Value schon gar nicht. Der sollte international in den Spitzen abgeschöpft werden. Wir brauchen mehr Konsumkapital statt vagabundierendem Investitionskapital. Mehr Freiheiten zum Selbstständigwerden wäre das beste Antidiskriminierungsgesetz.
- Diese Bundesregierung ist eine Katastrophe. Sie schadet durch ihr Fehlverhalten der gesamten deutschen Wirtschaft, deutschen Unternehmen und Angestellten/Arbeitern/ Arbeitslosen/Auszubildenden zugleich. Hartz IV bzw. ALG II ist die idiotischste Erfindung seit Bestehen der Bundesrepublik mit vielen Ungerechtigkeiten und nachweislich unwahren Behauptungen. Und nun noch dieses "Gleichstellungsgesetz". Die sind nicht sauber und ich bin wütend. Wie viel Unternehmen müssen noch kaputt gehen und wie viel Arbeitslose brauchen wir noch. Aber zahlen wir ruhig mit unwahren Begründungen an China weiterhin 69 Mio. Entwicklungshilfe. Man hält uns doch für verrückt im Ausland. Und das schon eine ganze Weile. Wir sind genauso weit, wie in der Weimarer Republik.
- Wir hatten bereits im März 2005 Ihr empfohlenes Schreiben in dieser Sache an unzählige Abgeordnete und Parlamentarier geschickt. Sowohl von den Volksvertreter der SPD, insbesondere von der CDU wurde überraschend schnell und präzise Stellung genommen. Fast unisono wurde eine über die EU hinausgehende Verschärfung abgelehnt und man versprach, alles dafür zu tun, dass der Mittelstand nicht gehindert und behindert wird. Wo bleiben nun die Versprechungen, wo der Verlass auf unsere Politiker? Wen wundert's da, wenn jegliches Vertrauen zur Politik verschwindet und der Bürger keinen "Bock" mehr hat, sich mit der Politik zu beschäftigen und von den Wahlen fernbleibt? Weitere Kommentare erübrigen sich.
- Leute, die sich nicht integrieren lassen, die sich nicht an unsere Vorschriften und Gepflogenheiten anpassen wollen, bekommen hierdurch noch mehr Rechte. Deutsche Bürger, Geschäftsleute und Gerichte werden wegen Kleinigkeiten viel Ärger bekommen.
- Ein Gesetz zum Schutz vor Diskriminierung halte ich für wichtig, solange die Regeln und internen Vorschriften allerdings nicht klar definiert werden, ist diese Gesetzesvorlage wohl eher etwas für die Personengruppe, die dies ausnützen würden. Mich überrascht auch, dass berufstätige Mütter und Familien nicht unter dieses Gesetz fallen - denn dies ist eine schützenswürdige Gruppe Menschen, die die Basis für unsere Zukunft darstellen.
- Die Bundesregierung sollte sich um Dinge kümmern, die weitaus wichtiger sind, als ein Antidiskriminierungsgesetz!
- Unter "Vorfahrt, was Arbeit schafft" stelle ich mir etwas anderes vor. Mehr denn je erweckt diese Regierung den Eindruck, dass anstelle "mehr Mut zu Freiheit" wohl eher "mehr Mut zu Bürokratie" gemeint ist...! Werte wie Mitmenschlichkeit (gleichbedeutend mit Diskriminierungsschutz) kann man nicht per Gesetz aufdoktrinieren. Noch schlimmer, dieses Gesetz unterstellt insgeheim, dass pauschal deutsche Unternehmer diese Werte nicht beherzigen würden und stellt wieder einmal das Unternehmertum in ein schlechtes Licht. Sieht so eine Motivation, Arbeitsplätze zu schaffen, aus? Es gäbe in Berlin genügend zu tun, z.B. den Haushalt mit kreativen Ideen anstelle mit Abkassieren zu sanieren. Statt dessen tummelt man sich auf Nebenkriegsschauplätzen wie diesen herum. Die europäischen Vorgaben sind hart (und zumeist genauso sinnlos) genug - da muss man nicht nochmals auf typisch deutsche Manier eins oben drauf setzen. Die Zeit hätte man wahrlich besser nutzen können.
- Die Bundesregierung sollte sich endlich mal den wirklich wichtigen Dingen widmen und nicht ständig neue bürokratische Bollwerke auftürmen. Wenn man das liest, war das Thema mit dem Bürokratieabbau ja wohl ein Witz, oder? Als ob wir nicht schon genug Gesetze und Änderungen im Handwerk zu verkraften haben. Ich denke da nur an die neue Regelung der Sozialabgaben!!! Wo bitte schön ist da Bürokratieabbau????



Ergebnisse einer BDS-Umfrage zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz

- Seit 35 Jahren wähle ich CDU, das ist nun vorbei. Dieses von ihr nun mitgetragene Gesetz wurde vor den Wahlen zu Recht strikt abgelehnt (wie so vieles andere auch). Was kann man diesen Politikern eigentlich noch glauben?
- Primäres Thema unserer Bundesregierung sollte sein, Arbeitsplätze zu schaffen und nicht die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Klein- und Mittelständische Unternehmen zu erschweren. Durch dieses Gesetz werden meiner Meinung nach den Personalvermittlern und Zeitarbeitsfirmen Tür und Tor geöffnet. Welcher Unternehmer möchte sich schon gerne bei einer Einstellung dem Damoklesschwert der Diskriminierung unterwerfen. Da gehe ich dann schon lieber den Weg über die Zeitarbeit, ein festes Arbeitsverhältnis wird so jedenfalls nicht geschaffen. Vielen Dank liebe Bundesregierung.
- Das geplante Gesetz konterkariert das Versprechen zum Bürokratieabbau. Wir sollten nicht die EU-Vorgaben übertreffen, um noch perfekter zu sein.
- Durch das Gesetz wird die Bereitschaft, Arbeitnehmer einzustellen, weiter sinken.
- Hier werden Unsicherheiten geschaffen, die niemand mehr überblicken kann. Eine Bundesregierung die eine solche Vorlage verabschiedet, hat ihren Abschied wegen Verlust des absoluten Realitätssinns verdient. Artikel 20 Absatz 4 GG lässt grüßen - es ist Widerstand angesagt. So wie beim UWG / Abmahnungen werden sich wirtschaftlich "Not leidende" Rechtsanwälte auf die hier entstehenden Arbeitsfelder stürzen, bis sie ausgeklagt sind. Der Unternehmer / Vermieter ist im Grunde genommen nur noch im Beisein von Rechtsanwälten handlungsfähig. Daher für den Selbständigen / Unternehmen - keine Einstellungen auf der Basis von Ausschreibungen, sondern Einstellungen auf Grund von Empfehlungen im Familien- und Freundeskreis.. Gleiches gilt für Vermietungen - keine Neuvermietung über Anzeige, sondern über den Weg der Beziehungskisten. Im Zweifel - weder Einstellung noch Vermietung. "Bürokratie = die Organisation der volkswirtschaftlichen Leistungsträger durch die Leistungsscheuen!"
- Diskriminierungen dürfen nicht vorkommen. Der Staat muss seine Kinder so erziehen, dass es dazu nicht kommt. Dies ist seine primäre Aufgabe. Zweifelhafte Gesetze zu machen ist der falsche Weg.
- Wer die Mikroorganismen der deutschen Wirtschaft zerstören will, kann sich kein besseres Mittel einfallen lassen.
- Durch solche Gesetze wird nur noch mehr polarisiert.
- Die Bundesregierung soll sofort zurücktreten, wenn sie keine Probleme hat, 50% der Abgeordneten gehören entlassen
- Es passiert das Gegenteil von dem was im Wahlkampf und aktuell versprochen wurde, nämlich Abbau von Gängelung und Bürokratie. Weitere bürokratische Hürden werden aufgebaut. Dem Ansehen der Politiker und dem Land wird erheblicher Schaden zugefügt.
- Das gibt wieder Arbeit für die Juristen und ganz viel unsinnige und zeitraubende Gerichtsverfahren, wobei die Gerichte ja heute schon derart überlastet sind, dass man jahrelang an einem Verfahren arbeiten muss.
- Wir empfinden dieses Gesetz als unverschämte! So kurbelt man die Wirtschaft mit Sicherheit nicht an!
- Ein katastrophales Gesetz, das einem die Freude am Unternehmertum stark reduziert oder gar nimmt.
- Die Bundesregierung hat wahrlich andere und deutlich wichtigere Hausaufgaben zu machen als das Gleichbehandlungsgesetz. Wen ich einstelle, sollte immer noch mir als Unternehmer vorbehalten sein. Diese Einflussnahme der Regierung auf weite Teile des Unternehmertums muss endlich aufhören. Der Bürger muss langsam wieder zur Selbstverantwortung erzogen werden. Ich kann nur jedem Regierungsvertreter das Buch von Hans-Olaf Henkel "Deutschland ist machbar" empfehlen. Es sollte Pflichtlektüre auch in höher führenden Schulen werden.



Ergebnisse einer BDS-Umfrage zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz

- Als Unternehmer im Dienstleistungsbereich betrachte ich Mitarbeiter als das wichtigste Gut meines Unternehmens. Eine Diskriminierung eines Mitarbeiters käme für mich nie in Frage. Durch dieses Gesetz werde ich aber automatisch und ohne jede besondere Überprüfung in die Ecke eines potentiell Diskriminierenden gestellt. Das ist für mich schlichtweg nicht tragbar. Für die Einstellung oder Nichteinstellung eines Mitarbeiters spielen so viele Faktoren eine Rolle, dass Diskriminierung ausgeschlossen werden kann, wenn es zu einem ablehnenden Bescheid kommt.
- Der Entwurf ist wirtschaftsfeindlich, weil er Hunderttausenden von Unternehmen eine bürokratische Vorsorge zum Nachweis der richtigen Gesinnung vor Gericht aufzwingt. Woher nehmen Politiker das moralische Recht, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes nach ihren Wertvorstellungen per Gesetz umzuerziehen. Dies ist ein weiterer Schritt zu Arbeitsplatzvernichtung. Viele KMU werden überlegen, ob es sich überhaupt noch lohnt, durch Leistung, Energie, Eigenverantwortung und Verantwortung für Mitarbeiter/innen an der Gestaltung unseres Landes teilzunehmen, oder auf den Zug der allgemeinen "Vollkasko-Mentalität" mit auf zu springen.
- Wenn wir alle mehr Arbeit hätten, wäre das gar keine Diskussion wert !!! Wir brauchen Leute, die in unser Unternehmen passen und keine die sich "reinklagen"!!!! Wir kleine Mittelständler brauchen Handlungsfreiheit um erfolgreich, und das wünscht sich doch auch die Bundesregierung, arbeiten zu können!!!!
- In einer kleinen Firma muss "die Chemie" unter den Mitarbeitern stimmen, damit wir Erfolg haben. Ein Mitarbeiter der nicht passt kann vieles kaputt machen. Ist dies das Ziel der Regierung????
- 1. Die Vorgaben der EU einfach übernehmen. 2. Endlich zeigen, dass die neue Regierung gemeinsam Ziele definieren und kurzfristig umsetzen kann. Es ist seit der Regierungsbildung noch nichts geschehen, was den Wirtschaftsstandort Deutschland vorwärts bringt. Es ist schon längst Zeit zu handeln.
- Diskriminierung muss in der Einstellung (im Kopf) der Bevölkerung geändert werden, nicht durch zu weitgehende Gesetz.
- Ein Gesetz schützt nicht vor Diskriminierung. Hierzu ist ein Umdenken der Handelnden - und ein Vorleben der Politiker notwendig.
- Wie soll man eigentlich noch Geld verdienen und neue Arbeitsplätze schaffen, wenn man nur noch solchen Quatsch berücksichtigen muss. Wer denkt eigentlich an die Interessen eines Unternehmers?
- Kein Unternehmen hat auch nur das geringste Interesse, Mitarbeiter oder Bewerber zu diskriminieren. Das ist nach unserem Verständnis Bestandteil der Firmenkultur. Es ist vielleicht sinnvoll einen Rahmen zu setzen für Menschen denen das fremd ist, aber Leuten, die sich von der ganzen Welt verfolgt fühlen, solche Mittel in die Hand zu geben geht am Kern vorbei.
- Das Gesetz widerspricht der Absicht. Es benachteiligt Bewerber, die zu keiner genannten Minderheit gehören, und Bewerber, die europäischer Abstammung sind. Bei denen laufe ich nicht Gefahr, angeklagt zu werden, und kann aufgrund beliebiger Typisierungen entscheiden. Bei den anderen muss ich darüber hinaus Gründe finden, die objektiv sind.
- Die deutsche Überreglementierung im Arbeitsrecht (und auch in sonstigen Bereichen), sowie die deutsche Rechtsprechung, ist heute schon für die Vernichtung unzähliger Arbeitsplätze im Mittelstand verantwortlich. Der Mittelstand wehrt sich mit Rückbau und Stillstand bis Risiko und Leistung wieder respektiert und belohnt werden.
- Es sollte der Antrag gestellt werden, das Gesetz auf Europäischer Ebene aufzuheben mit der Begründung Bürokratieabbau. Auf jeden Fall darf Deutschland nicht über 1:1 hinausgehen, wenn es bestehen bleiben sollte.
- Liebe Bundesregierung, lassen Sie die Kirche im Dorf. In einem vereinten Europa muss man als Nationalstaat nicht ständig über die europäischen Vorgaben hinaus regeln wollen. Das stärkt keinesfalls die Wettbewerbsfähigkeit.
- Unter Abbau von Bürokratie stelle ich mir etwas anderes vor.



Ergebnisse einer BDS-Umfrage zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz

- Bürokratieabbau und Arbeitsplätze schaffen - mit solchen Gesetzen erreicht man das genaue Gegenteil.
- Grundgesetz - spricht "Pseudoverfassung" - reicht völlig aus. Wenn Frau Merkel so weiter macht, verspielt sie ihren Bonus! Den Unsinn hätte auch ex "Rot-Grün" fabrizieren können. Absolut kontraproduktiv.
- Sie sollen sich um die wahren Einstellungsverhinderer nämlich den (überzogenen) Kündigungsschutz und die noch ausstehende Liberalisierung des Arbeitsmarktes kümmern!
- Dann spricht man halt in Zukunft nicht mehr Klartext, sondern verklausuliert. Ändern wird das an Entscheidungen so oder so nichts.
- Politikern kann man nichts mehr mitteilen, da diese nur unfähig sind, und sich nur um ihre Probleme kümmern. Politik, Parteien und entsprechendes Beamtentum sind nur mit ihren eigenen Problemen beschäftigt und in der Denkweise dieser Personen gibt es keine Ausgabenkürzungen, sondern nur wie man Steuern erhöht oder neue erfindet. Solange in Deutschland das Beamtentum noch existiert wird es keine gravierenden Änderungen geben. Diese wären aber absolut notwendig. Aktuelles Beispiel: Überdeckung der B14. Fußgängerbrücke wird abgerissen, dafür entsteht ein Fußgängerüberweg, dadurch wird der Verkehrsfluss gebremst. Kosten mehrere Millionen Euro für 30 m2 Grünfläche und riskanteres Überqueren der Straße. Verantwortlich: keiner.
- Unser Land braucht einen grundlegenden Umbau der Sozialsysteme - Weg vom allumfassenden Versorgungsstaat, hin zur Eigenvorsorge und Selbstverantwortung. Zuallerletzt braucht Deutschland eine "kropfnötige" Ausweitung bürokratischer Hindernisse, wie das geplante Antidiskriminierungsgesetz. Dadurch werden ganz sicher keine neuen Arbeitsplätze entstehen. Das Gegenteil wird der Fall sein.
- Der Arbeitsmarkt muss flexibel bleiben, Angebot und Nachfrage sind entscheidend und regeln!
- Wir erwarten eine nachhaltige Entbürokratisierung und nicht ständig mehr Bürokratie.
- Diese Gesetzesvorlage produziert Diskriminierungstreiffälle, die es sonst nicht geben würde. Viel Zeit geht für derartige "erfundene" Diskriminierungen verloren.
- Unsere Bundesregierung sollte sich um die dringenderen "Baustellen" der letzten Rot-Grünen Regierung kümmern, anstatt solche recht unnützen Gesetze einzubringen, welche zum größten Teil schon durch unser Grundgesetz abgedeckt sind.
- Zuviel Reglementierungen schaden einem gesunden Miteinander!
- Totaler Schwachsinn! Wo bleibt der Bürokratieabbau? Reine Reminiszenz an den Koalitionspartner SPD!
- Wir haben all den Politikern und Parlamentariern der CDU geglaubt, als sie versicherten, die CDU wird nicht über die EU-Richtlinie hinausgehen. Wir werden offensichtlich wieder einmal belogen! Warum gehen wir noch zur Wahlurne?
- Bei diesen Gesetzen sind die kleinen Betriebe stets benachteiligt, weil diese leichter vor den "Kadi" gezerrt werden, da sie sich keinen Juristenstab leisten können!
- So werden keine Arbeitsplätze geschaffen! Nur Neueinstellungen verhindert! Für Betriebe ist so ein Gesetz eine unzumutbare Belastung!
- Das AGG schränkt die Freiheit des Selbständigen als auch des Privaten (z.B. Vermieters) weiter ein. Es sollte nicht über die EU-Richtlinie hinaus gegangen werden. Weiter ist zu fragen, was unsere EU-Politiker so in Brüssel beschließen. Die Grundlage des AGG ist ja nicht Gott gegeben, sondern von unseren Politikern (auch den deutschen) beschlossen. Diese müssten für ihren beschlossenen Mist zur Rechenschaft gezogen werden. Generell: es kann nicht sein, dass immer die EU als nicht mehr änderbar vorgeschoben wird, wenn irgendwelche unliebsamen Beschlüsse zu fassen sind!! Die EU sind wir.